

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

19.010.2018

Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken

Religionsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht. Der Einsatz für Religionsfreiheit weltweit und eine Verbesserung der oft dramatischen Lage religiöser Minderheiten sind Kernanliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der aktuelle Antrag der Koalitionsfraktionen „Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken“ verleiht diesem Anliegen Ausdruck.

Ein 2017 vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlichter Bericht zeigt, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit in 48 von 198 Staaten teilweise erheblich eingeschränkt wird und Gläubige unterschiedlicher Religionen ausgegrenzt und benachteiligt werden. Ein besorgniserregendes Beispiel stellt die Lage religiöser Minderheiten im Irak dar, wo bereits Tausende Christen und Jesiden Opfer grausamer Vertreibungs- und Vernichtungskampagnen des sogenannten IS wurden.

Das Menschenrecht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen bereits vor fast 70 Jahren als individuelles Freiheitsrecht festgeschrieben worden. Das Menschenrecht schützt nicht die Religion als solche, sondern das Individuum – den einzelnen Menschen in seiner Glaubensfreiheit. Es bezieht auch das Recht ein, sich zu keiner Religion oder Weltanschauung zu bekennen. Das Menschenrecht auf Gewissens- und Religionsfreiheit steht in enger Verbindung zu Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, dem Recht auf Meinungsfreiheit. Gemeinsam bieten die beiden Artikel ein Fundament für offene und demokratische Gesellschaften.

Menschenrechte sind unteilbar und universell. Religionen, Traditionen oder bestimmter Kulturen, können und dürfen nicht dafür benutzt werden, Menschenrechte zu relativieren. Die betrifft beispielsweise Frauenrechte oder auch die Verfolgung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung.

Das deutsche Grundgesetz garantiert im Artikel 4 die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt aber nur,

wenn das Grundgesetz verbindlich und selbstverständlich von allen in Deutschland lebenden Menschen als Rahmen für jedwedes Handeln akzeptiert wird - insbesondere im Hinblick auf Religionsfreiheit. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sind unerschütterliche Grundfesten unserer demokratischen und freien Gesellschaft.

Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist im weltweiten Vergleich am stärksten in den islamisch geprägten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas eingeschränkt. In einigen Ländern wird Religionsfreiheit durch Unterdrückung stark eingeschränkt, um vermeintliche nationale Identität und die Tradition der Mehrheitsreligion zu stärken. Das betrifft Länder wie Indien, Myanmar und Russland. Als staatsgefährdende Bedrohung wird Religion in China, Nordkorea, Vietnam und Weißrussland betrachtet.

CDU, CSU und SPD haben deshalb in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sich weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen, ihre Solidarität mit allen benachteiligten religiösen Minderheiten bekundet und sich zu dem dazu zählenden beharrlichen Einsatz für viele Millionen verfolgter Christen bekannt. Außerdem ist in dieser Legislaturperiode das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen worden. Auch das Auswärtige Amt setzt sich für den Schutz und die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit in multilateralen Foren sowie im Rahmen der bilateralen politischen Dialoge mit Drittstaaten ein.

Das Auswärtige Amt ist Teil einer von Kanada gegründeten, überregionalen Kontaktgruppe zu Religions- und Weltanschauungsfreiheit und unterstützt Projekte zur Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit. So förderte das Auswärtige Amt zum Beispiel die NRO „Universal Rights Group“ (2014-2016) für die Veröffentlichung eines Berichts, der religiöse Vorbehalte zu VN-Menschenrechtskonventionen analysiert. Der Bericht zeigt, dass 40 Prozent der Vorbehalte auf Religion basieren oder mit Religion in Verbindung stehen.

Immer mehr Ärzte arbeiten als Angestellte

Immer mehr Ärzte in Deutschland arbeiten laut einer Studie als Angestellte statt als Selbstständige mit einer eigenen Praxis. Bei Hausärzten stieg der Anteil der Angestellten seit 2012 von 6 auf nun 15 Prozent - bei Fachärzten von 11 auf 26 Prozent, wie aus einer am Donnerstag vorgelegten Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und des Verbands der niedergelassenen Ärzte (NAV-Virchow-Bund) hervorgeht. Die durchschnittliche Arbeitszeit ging auf gut 51 Stunden pro Woche mit Bereitschaftsdiensten zurück - bei Angestellten auf 42,8 Stunden, bei Selbstständigen auf 53,3 Stunden. KBV-Chef Andreas Gassen sagte, vor allem immer mehr jüngere Ärzte ließen sich lieber in Praxen, Medizinischen Versorgungszentren oder anderen Einrichtungen anstellen, statt sich selbstständig zu machen. Viele wollten etwa auch wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gern Teilzeit arbeiten. Künftig werde sich daher weniger ein Mangel an Ärzten als ein Mangel an ärztlicher Arbeitszeit zeigen. „Jeder, der Ärzte zu immer noch mehr Arbeit zwingen will, muss wissen, die Ressourcen sind begrenzt“, sagte Gassen. (dpa)

KMU Webseiten oft ungeschützt

Internet-Webseiten von kleinen und mittelständischen Unternehmen sind häufig ein Einfallstor für Cyberkriminelle, teilt das Onlineportal it-daily.net in einer Untersuchung durch [Swiecos](http://swiecos.de) fest. 52 Prozent der geprüften KMU Webseiten seien demnach nicht optimal konfiguriert, um Cyberangriffe abzuwehren. Weiteres Ergebnis der Untersuchung: Nur 67 Prozent der KMUs nutzen HTTPS, das Protokoll, das sich zur Herstellung von Vertraulichkeit als Standard für Webseiten etabliert hat. Nachholbedarf haben klein- und mittelständische Unternehmen zudem beim Schutz vor Phishing-Attacken: 40,5 Prozent aller geprüften KMU-Webseiten haben maschinell auslesbare Telefonnummern auf der Startseite, 44,1 Prozent maschinell auslesbare Email-Adressen. „Wir empfehlen, diese Kontaktdaten nicht maschinell auslesbar zu hinterlegen, denn Cyberkriminelle oder Spammer greifen diese Information gerne automatisiert von Unternehmenswebseiten ab. Das führt zu einem erhöhten Spam-Aufkommen und bildet eine Grundlage für mögliche Spear-Phishing Attacken“, sagt Peter Meyer, Projektleiter SIWECOS und Sicherheitsexperte im eco – Verband der Internetwirtschaft e. V. Der gute Rat: Der Sicherheitsstatus einer Website lässt sich mit dem kostenlosen Webseiten-Check von SIWECOS einfach und schnell durchführen: Die Webseiten-Adresse auf <https://siwecos.de/> eingegeben und nach einigen Sekunden das Ergebnis betrachten. In den Farben grün, gelb und rot sind sofort Ergebnisse zu Sicherheits-Aspekten ersichtlich und werden erläutert. (dpa)

Günstiger Bauen?

Bauen in Deutschland ist teuer, berichtet das Institut der Deutschen Wirtschaft, [iwd](http://iwd.de). Die Gründe dafür sind vielfältig: Die allgemeine Preissteigerung und die damit einhergehenden Lohnerhöhungen können den überproportionalen Anstieg der Baukosten für Mietwohnungen nicht erklären. Und die Baulandpreise stecken in diesen Kosten noch gar nicht drin. So viel teurer als in den

2000er Jahren ist der Wohnungsbau heute vor allem wegen der gestiegenen Anforderungen – und zwar sowohl der Mieter und Vermieter als auch des Gesetzgebers: Wärmedämmung, Brand- und Schallschutz, Barrierefreiheit, Aufzüge, Tiefgaragenplätze und Grünflächen um die Gebäude – all das gibt es nicht zum Nulltarif. Günstiger wird in den Niederlanden gebaut: In den Niederlanden sind die Kosten im Mietwohnungsbau von 2007 bis 2017 gerade einmal um 6 Prozent gestiegen. Das Geheimnis dieses Erfolgs sind sogenannte technologieoffene Baunormen: Sie geben beispielsweise einen Wert für den Energieverbrauch vor, regeln aber nicht, mit welchen Mitteln er zu erreichen ist. Aus dem Beispiel Niederlande ergeben sich für Deutschland zwei Ansatzpunkte, die helfen könnten, das Bauen wieder billiger zu machen: 1. Die 16 Landesbauordnungen sollten überprüft und nicht mehr benötigte Regelungen gestrichen werden. Idealerweise wird eine Musterbauordnung für ganz Deutschland entwickelt. 2. Wichtig ist dabei auch, dass statt konkreter Vorgaben lediglich Ziele formuliert werden, denn nur so lässt sich das Innovationspotenzial der Bauwirtschaft ausschöpfen. (IWD)

Weniger Sozialleistungsempfänger

Die Zahl der in Deutschland auf Sozialleistungen angewiesenen Menschen hat sich das zweite Jahr in Folge verringert. Zum Jahresende 2017 seien noch knapp 7,6 Millionen Menschen und damit etwa 300.000 weniger als Ende 2016 auf die sogenannten sozialen Mindestsicherungsleistungen angewiesen gewesen, teilte das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mit. Der Anteil an der Bevölkerung verringerte sich damit von 9,5 Prozent auf 9,2 Prozent. Einen Anstieg der auf staatliche Leistungen angewiesenen Bevölkerungsgruppen gab es vor allem bei Alten. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen der Statistik zufolge knapp 1,1 Millionen Menschen und damit 3,2 Prozent mehr als Ende 2016. (AFP)

Abkommen mit Vietnam auf den Weg

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch die Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Vietnam angenommen und so den Weg für ihre Unterzeichnung und ihren möglichen Abschluss geebnet. Mit dem Handelsabkommen werden praktisch alle Zölle auf Waren, die zwischen beiden Seiten gehandelt werden, abgeschafft. Das Abkommen sieht auch eine starke und rechtsverbindliche Verpflichtung zur nachhaltigen Entwicklung und damit die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, den Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel vor. ([http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-18-6128 en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-6128_en.htm))

Zitat

„Die stärkste Waffe gegen Radikalisierung ist die sorgfältige Wahrung des Grund- und Menschenrechtes der Religionsfreiheit.“ (Andre Taubert, Religionswissenschaftler und Leiter der Fachstelle *Legato* für systemische Ausstiegsberatung und religiös begründete Radikalisierungen in Hamburg, im Interview der *Zeit-Beilage Christ & Welt*, am 3.5.2018)